



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Forderungen des BUND Emsland

Liebe Abgeordnete, liebe Kandidat*innen,

die BUND-Kreisgruppe Emsland engagiert sich seit über 40 Jahren ehrenamtlich für Fragen rund um den Umwelt- und Naturschutz in unserem Landkreis. Mit mehr als 400 Mitgliedern und Unterstützer*innen setzen wir Umweltbildung und tatkräftigen Einsatz vor Ort um.

Vor der anstehenden Kommunalwahl 2026 laden wir alle demokratischen Parteien im Emsland ein, **unseren Forderungskatalog** zu lesen und nach den Wahlen in die Tat umzusetzen. So geben wir dem Pariser Klimaabkommen eine reale Chance – für ein lebenswertes Emsland für alle und künftige Generationen.

Teil 1 enthält 10 zentrale Forderungen zu lokalen Themen im Emsland, Teil 2 weitere Anforderungen an alle Städte und Gemeinden, um Artensterben zu stoppen, niedersächsische Klimaziele zu erreichen und eine sozial gerechte Infrastruktur zu sichern.

Teil 1: Unsere 10 zentralen Forderungen

1. Ende der Brennelementefertigung in Lingen!

Die Stadt Lingen sollte möglichst transparent über die Vorhaben der Rosatom-Tochter Framatome und Advanced Nuclear Fuels (ANF) informieren und ihre klare Absage an Kooperationen mit russischen Atomkonzernen signalisieren, da angesichts der russischen Einflussnahme höchst relevante Risiken wie Sabotage und strategischer Zugriff auf kritische Infrastruktur bestehen. Es ist bei ANF bereits mehrfach zu meldepflichtigen Störfällen gekommen!

2. Öl und Gas haben im Emsland keine Zukunft!

Seit über 70 Jahren werden im Emsland Erdöl und Erdgas gefördert. Rühlermoor ist dabei das größte von ExxonMobil betriebene Ölfeld in Deutschland mit über 110 Bohrungen. Der BUND Emsland lehnt jeden Ausbau der Öl- und Gasförderung im Emsland, einschließlich des noch schädlicheren **Fracking**, entschieden ab. In Zeiten des Ausbaus von Windkraft und Solar haben wir längst eine Alternative; daher fordern wir eine sofortige Priorisierung von Elektrifizierung, um die Region zukunftsfähig zu machen. Erdölunternehmen müssen aufgefordert werden, ihre Vorhaben in der Region einzustellen.

3. Strahlenbelastungen prüfen!

Die Gemeinde Dörpen, aber auch die Stadt Lingen werden angehalten, regelmäßig die Strahlenbelastung des Bauschutts und der Abwässer der Deponie in Dörpen und des Abbaugeländes vom AKW in Lingen zu prüfen und die Bürger*innen transparent über die Ergebnisse zu informieren. Anlässlich der Abbauarbeiten und Entsorgung des Rückbauschuttes vom AKW Lingen ist dies dringend erforderlich. Seit der letzten Einlagerung im Oktober 2018 befinden sich 47 beladene CASTOR® V/19-Behälter im Brennelemente-Zwischenlager in Lingen. Ab Herbst 2026 ist die Einlagerung weiterer CASTOR® V/19-Behälter geplant.

4. Torfabbau im Emsland stoppen!

Der Torfabbau in Papenburg, in Surwold und in der Esterweger Dose muss enden; langfristige Genehmigungen müssen politisch adressiert und widerrufen werden, um Moore dauerhaft zu erhalten und gesetzliche Vorgaben des Niedersächsischen Klimagesetzes umsetzen zu können. Mediationsverfahren mit Landeigentümern, der Erdölindustrie und dem Landkreis Emsland müssen wesentlich schneller zu einvernehmlichen Lösungen, der Wiedervernässung, führen.

5. Moorbrand Tinner Dose/Sprakeler Heide aufarbeiten!

Die Kommunen Meppen, Lathen, Haren und Sögel sollten sich dafür einsetzen, den Moorbrand 2018 in der Tinner Dose und Sprakeler Heide naturschutzfachlich aufzuarbeiten und weitere Kompensations- und Wiederherstellungsmaßnahmen bzw. die entsprechenden Mittel vom Bund zu fordern.

6. Schutzgebiete Hümmling ausbauen!

Die Kommunen Meppen, Haren (Ems), Sögel, Werlte, Nordhümmling, Lathen und Herzlake haben rund 42% des Naturparks Hümmling als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen und so ein ökologisch wertvolles sowie touristisches Highlight geschaffen. Das seit August 2024 geltende EU-Renaturierungsgesetz fordert weitere Renaturierungsziele, Torfabbauverbote, Biotopvernetzung ($\geq 15\%$ Fläche) und Abbauverbote in Schutzgebieten. Unsere Forderung: Flächendeckende Infotafeln in allen Schutz- und Waldgebieten des Hümmlings kennzeichnen Gebiete, nennen Besonderheiten und Verhaltenshinweisen und steigern so die Akzeptanz in der Bevölkerung.

7. Artenkrise konsequent beantworten!

Die FFH-Richtlinie (92/43/EWG) schreibt einen günstigen Erhaltungszustand (Art. 1, 2) für über 1.000 prioritäre Arten und Habitate europaweit vor. Monitoring-Daten zeigen, dass unzureichende Umsetzung – z. B. Ausnahmen für Bau, Jagd und Landwirtschaft – zu massiven Biodiversitätsverlusten führt. Am Beispiel des Igels sehen wir, dass in allen Maßnahmen über die Verträglichkeitsprüfung hinaus sichergestellt werden muss, dass das

Verschlechterungsverbot strikt eingehalten wird, um das massenhafte Artensterben einzugrenzen. Dies beginnt auf kleinster Ebene, z.B. indem entsiegelt wird, Grünkorridore geschaffen und Artenschutzlehrgänge in den Werkhöfen angeboten werden. Gesunde Lebensräume sind die Existenzgrundlage aller Lebewesen, einschließlich uns Menschen.

8. Flächendeckend Tempo 30 einführen und ÖPNV ausbauen!

Innerorts muss Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit gelten. Auch auf stadtnahen Bundesstraßen bietet ein Tempolimit eine Möglichkeit für Klimaschutz- und Lärmpläne. Die Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit“ bietet die Möglichkeit, Stadtkonzepte voranzubringen. Der ÖPNV ist ein zentraler Bestandteil der **staatlichen Daseinsvorsorge** und in ländlichen Räumen gibt es enormen Flexibilisierungs- und Ausbaubedarf. Ein Konzept für den ÖPNV bedeutet nicht, Bushaltestellen baulich neu zu gestalten, sondern eine flexible, sozial gerechte und flächendeckende Versorgung aller Regionen voranzubringen.

9. Versiegelungen stoppen, Entsiegelung voranbringen!

Der hohe Grad an Versiegelung und Verdichtung von Böden zerstört Lebensräume, mindert die Bodeninfiltration und steigert Hochwasserrisiken. Die Städte Papenburg, Lingen und Meppen weisen Versiegelungsgrade bis 12% auf. Statt Neubaugebiete zu erschließen, sollten zunächst Baulücken geschlossen (z. B. in Nödike) und B-Pläne kleinere Grundstücke ausweisen. Schwammstadtkonzepte statt hochversiegelter Betonwüsten! Regenwassermanagement und Versickerungsflächen sowie wasserdurchlässige Pflastersteine sind wichtige Werkzeuge dafür. Dach- und Fassadenbegrünung senken die Temperaturen innerhalb der Städte und verbessern das Klima.

10. Kein Ausbau der Rennstrecke Circuit Meppen!

Wir lehnen den geplanten 15-Millionen-Euro-Ausbau der Rennstrecke in Meppen-Hüntel ab, da er geschützte Arten wie Blindschleiche und Zauneidechse bedroht und die Lärm-, Müll- und Verkehrsbelastungen für Anwohnende erhöht.

Teil 2: Unsere weiteren Forderungen

Aktionsprogramm Insektenvielfalt umsetzen. Grünflächen inklusive Straßenbegleitgrün werden naturnah und insektenfreundlich gestaltet mit gebietsheimischem Saatgut; Schottergärten werden nach NBauO § 9 Abs. 2 verboten; Pestizideinsatz auf kommunalen Flächen endet; wertvolle Landschaftselemente wie Hecken, Alleenzüge und Gewässerrandstreifen werden erhalten und gepflegt.

Mähen und Grünschnitt reduzieren. Mäharbeiten und Grünschnitt werden auf ein Minimum beschränkt, um Insekten und Biodiversität zu fördern (vgl. BUND-Broschüre). Ein Großteil des Grünschnittes der Werkhöfe landet derzeit in der Altholzverbrennung und der Pellet-Herstellung. Wirtschaftliche Anreize dürfen nicht zu einer vermehrten Entnahme von Biomasse in Form von Bäumen, Ästen und Sträuchern führen!

Baumschutz- und Friedhofssatzung einführen. Kommunale Satzungen müssen Bäume und Friedhofsflächen als Artenrefugien schützen; sie bieten Menschen Schutz in heißen Sommern und vermindern die Schäden der Artenkrise. **Hitzeschutzpläne** müssen die natürliche Kühlung durch Dachbegrünung, Tiny Forests und Schwammstadt-Maßnahmen priorisieren. Außerdem bieten diese Konzepte eine Starkregenvorsorge.

Mobilität als Daseinsvorsorge. Sharing-Konzepte und Sozialtickets statt teurer Führerscheine! Viele junge Menschen können sich den Führerschein nicht mehr leisten. Ältere Menschen werden durch Isolation einsam. Rufbusse und Sharing-Modelle schaffen Mittel für Infrastruktur und vermindern die Versiegelung der Innenstädte durch „Baum statt Stellplatz“-Konversion.

Streusalzalternativen priorisieren. Bei Winterdiensten werden Streusplitt, Sandkies oder Ähnliches statt Streusalz eingesetzt.

Energiewende mit Bürgerbeteiligung stärken. Bürgerinnen, Vereine und Verbände möchten sich aktiv an Energie- und Wärmewende beteiligen; diese Chance sollte genutzt werden. Konsequenter ist es außerdem, Bürger-Klimabeiräte in die Räte einzubeordern und Förderprogramme, z.B. für Balkonkraftwerke, wieder aufzulegen.

Energie- und Wärmewende konsequent elektrifizieren. Die kommunale Wärmewende, aber auch die Dekarbonisierung des Mittelstandes wird auf Elektrifizierung aufbauen: Wärmepumpen, Nutzung von Prozess- und Abwärme sowie kalte Nahwärmenetze sind zentrale Lösungen. Wasserstoffpipelines und CO₂-Abscheidung hingegen verlängern nur die Abhängigkeit von (fossilen) Betriebsstoffen.

Fuhrpark und Liegenschaften umstellen. Bis 2035 werden kommunale Fuhrparks (inkl. Busunternehmen wie in Lingen) und Liegenschaften auf E-Antriebe umgestellt; die Kommunen und der Landkreis sollten ihre Verträge mit Auftragnehmern prüfen und Dächer für Solarenergie freigeben sowie Energiegenossenschaften für Fuhrunternehmen ermöglichen.

Kommunale Gebäude sanieren. Weitreichende Elektrifizierung und Dachbegrünung auf öffentlichen Gebäuden sollten Standard sein.

Abrisskataster einrichten. Ein öffentliches Abrisskataster als Datenbank listet alle abgerissenen Gebäude, um Ressourcen zu schonen.

Baustoff-Recycling verpflichten. Kommunale Ausschreibungen und Vorhaben nutzen ausschließlich Recyclingbaustoffe aus Bauschutt und Abbrüchen, wie im „Recycling-Haus“ Hannover oder Projekt MINREST; Digitalisierung vor Abbrüchen fördert eine Wiederverwendung.

CO₂-und H₂-Leitungen kritisch prüfen. Wir fordern eine kritische Auseinandersetzung mit H₂- und CO₂-Leitungen im „Net Zero Valley Nordwest“. Eine beschleunigte Genehmigung der Vorhaben im überragenden öffentlichen Interesse lehnen wir ab!

Biotopvernetzung ausbauen. Mindestens 15% der Fläche und 10% der Offenlandschaft müssen zu einem Biotopverbund entwickelt werden; dies schreibt die EU-Renaturierungsverordnung bereits seit August 2024 vor.

Kantinen nachhaltig umstellen. Schul- und Kita-Kantinen mit regionalen, gesunden, nachhaltigen, vorrangig pflanzen-basierten Speisen versorgen. Das fördert nicht nur die Gesundheit der Kinder und Angestellten, sondern macht auch gute Laune, da gleichzeitig etwas gegen den Klimawandel getan wird und die regionale Erzeugung gestärkt wird.

Landpacht ökologisch priorisieren. Kommunale und landkreiseigene Ackerflächen sollten an ökologische Betriebe verpachtet werden, die Nahrungsmittel anbauen. Pflanzenanbau für Energie-Mais, Futtersilo oder „Getreide für den Tank“ lehnen wir ab!

Grundwasserkonzept erstellen. Ein Nutzungskonzept für Grundwasser schützt vor Grundwasser-Absenkung und sichert langfristig die Versorgung und Sicherheit der Menschen.

Fahrradzonen ausweiten und Schulstraßenkonzepte prüfen. Die bestehende Fahrradzone in Meppen wird leider nicht weiterentwickelt, um nachhaltige Mobilität zu priorisieren. Das sehen wir kritisch, denn die Einwohnenden sehen das Pilotprojekt als Erfolgskonzept, um sicher und klimafreundlich im Stadtverkehr unterwegs sein zu können. Stattdessen sollte es weiteren Kommunen als Vorzeigeprojekt im gesamten Landkreis dienen und vorangebracht werden.

++++

Wir danken allen Parteien für die Aufmerksamkeit und das Interesse an unseren Forderungen und freuen uns auf die Umsetzung. Außerdem würden wir uns über einen Dialog mit allen demokratischen Parteien freuen und stehen für Rückfragen, Gespräche oder gemeinsame Vor-Ort-Aktionen jederzeit zur Verfügung!

Kreisgruppe Emsland im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Vorsitzende: Christine Weber-Dirksen

Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schultz

Kontakt:

Christine Weber-Dirksen

49716 Meppen, Telefon 05931 5501

E-Mail: weber-dirksen@t-online.de